

Das gilt umso mehr, als die Demokratische Partei in den letzten Jahren die entstandene Protestbewegung und damit die „Wiedergeburt der amerikanischen Linken“¹¹ sträflich vernachlässigt hat – und das, obwohl die meisten der Protestierenden gleichzeitig Unterstützer und Wähler Obamas waren. Insofern bietet die Nominierung Paul

Ryans für die Demokraten durchaus eine Chance. Mit harter Kritik an der inhumanen und krisenverursachenden republikanischen Wirtschaftspolitik im Geiste Ayn Rands könnte sich so mancher der verunsicherten Wählerinnen und Wähler wiedergewinnen lassen. Denn sicher ist: Bei einer Umsetzung der Ideen Paul Ryans, sprich: derer Ayn Rands, hätten die USA der Zukunft mit den USA der Gegenwart nicht mehr allzu viel zu tun.

11 Vgl. Albert Scharenberg, Die Wiedergeburt der amerikanischen Linken, in: „Blätter“, 12/2011, S. 17-20.

Albrecht von Lucke

Der immergrüne Antisemitismus

Die Demonstrationen zum Gedenken an das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen vor 20 Jahren waren kaum beendet, die staatstragenden Reden alle gehalten, als das Berlin von heute mit dem realexistierenden Rassismus konfrontiert wurde. Am helllichten Tag und nach der vergewissernden Frage „Bist Du Jude?“ wurde dem Rabbiner Daniel Alter im gutbürgerlichen Berlin-Friedenau von vier Jugendlichen das Jochbein zertrümmert und seine siebenjährige Tochter mit dem Tode bedroht. Doch während aus der Zivilgesellschaft ein erhebliches Maß an Anteilnahme erfolgte, herrschte in der Politik sehr schnell wieder *business as usual*. Gewiss, der Regierende Bürgermeister zeigte sich geboten schockiert über die Tat. Der Überfall sei eine Attacke auf das friedliche Zusammenleben aller Menschen in der Hauptstadt: „Berlin ist eine weltoffene Metropole, in der wir Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus nicht dulden“, so Klaus Wowereit.

In den Ohren der konkret Betroffenen muss das wie Hohn klingen.

Denn längst sind Teile Berlins für Juden faktisch No-go-areas. Schon seit langem bezeichnet die Amadeu-Antonio-Stiftung den Antisemitismus in „großen urbanen Wohnquartieren mit überwiegend muslimischer Wohnbevölkerung“ als ein massives Problem. 80 Jahre nach dem Beginn der NS-Herrschaft können sich Juden nicht gefahrlos in ganz Berlin in ihrer religiösen Bekleidung zeigen.

Gleichwohl riet die Berliner Polizei nach dem Anschlag nicht davon ab, Glaubenssymbole in der Öffentlichkeit zu tragen. „Das ist ein Grundrecht und gilt für alle Religionen“, so der zuständige Polizeisprecher. Zum Glück seien solche Gewalttaten selten. Die Betroffenen wird dies kaum beruhigen. Tatsächlich handelt es sich keineswegs um den ersten Vorfall dieser Art und gewiss nicht um den letzten.¹

1 Als antisemitisch wurden im vergangenen Jahr laut „Tagesspiegel“ vom 30.8.2012 132 Taten, meist Beleidigungen und Drohungen, eingestuft. Kenner gehen jedoch davon aus, dass es wie in anderen Fällen von Hasskriminalität eine hohe Dunkelziffer gibt.

Das Potsdamer Abraham-Geiger-Kolleg, an dem Daniel Alter jüdische Lehre studiert hatte (und das nach dem Überfall prompt mehr Polizeischutz zugeteilt bekam), hat denn auch längst ganz andere Lehren als die Polizei gezogen. Man rät den Studierenden dringend davon ab, auf der Straße ihre Kippa zu tragen.²

Der Islam gehört zu Deutschland – das Judentum auch

All das zeigt, dass es mit der Weltoffenheit Deutschlands und speziell Berlins nicht so weit her sein kann. Beschwichtigende Stimmen weisen darauf hin, dass es sich dabei lediglich um einen Vorgang der europäischen Normalisierung handele. Tatsächlich haben in ganz Europa, gerade in vermeintlich liberalen Staaten wie den Niederlanden oder in Skandinavien, die Übergriffe auf Juden in den letzten Jahren erheblich zugenommen.³

Und dennoch: Nichts ist normal im deutsch-jüdischen Verhältnis – und kann es aufgrund der Geschichte des letzten Jahrhunderts auch nicht sein. Das demonstrierten die letzten Wochen, die wie wenige vor ihnen durch das besondere deutsch-jüdische Verhältnis geprägt waren – von der Beschneidungsdebatte über den Antrag auf Aufnahme des Konzentrationslagers Buchenwald in das Weltkulturerbe, vom Gedenken an die vierzigste Wiederkehr der mörderischen Anschläge bei den Olympischen Spielen 1972 über die hitzige Debatte zur Verleihung des Adorno-Preises an die Philosophin Judith Butler bis hin zum brutalen Überfall auf Daniel Alter.

Allerdings gilt es angesichts der Häufung der Vorfälle umso mehr auf deren Unterschiede hinzuweisen. Während es sich bei dem Überfall auf

Daniel Alter um puren Antisemitismus handelt („Bist Du Jude?“), wird in der Beschneidungsdebatte das rechtliche Verhältnis zweier hoher Rechtsgüter geklärt, nämlich körperlicher Unversehrtheit und Religionsfreiheit. Letztlich wird das kommende Bundesgesetz, das die Beschneidung unter gewissen medizinischen Voraussetzungen erlauben wird, auch einen Beitrag zur Rechtssicherheit leisten.

Und dennoch traten auch in dieser Debatte antisemitische Untertöne offen zutage.⁴ Allerdings kann, jenseits der diversen Hass-Seiten im Internet, keine Rede davon sein, dass das Urteil „eine Lawine an Verachtung, Vorurteil und Judenhass losgetreten hat, die es in der Bundesrepublik so noch nicht gegeben hat.“⁵ Was dagegen weit mehr irritieren muss, ist etwas anderes: nämlich die grassierende Gleichgültigkeit und das Desinteresse, mit der, unabhängig vom Fall Alter, die prekäre religiöse Existenz von Juden inzwischen zur Kenntnis genommen wird – oder auch gerade nicht zur Kenntnis genommen wird. Das eigentliche Problem ist demnach die Gleichzeitigkeit von breiter gesellschaftlicher Gleichgültigkeit und einem zunehmenden brutalen Antisemitismus – wenn auch diesmal nicht nur aus der dumpf-urdeutschen, sondern auch aus der dumpf-arabischen Ecke.

Zweierlei Antisemitismus

Vor exakt zwei Jahren sagte der damalige Bundespräsident Christian Wulff in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober: „Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“. Heute, so sagen die Zyniker, stellen wir fest, dass auch der muslimische Antisemitismus zu

2 So der Rektor der Schule, Walter Homolka, gegenüber der „Welt“, 30.8.2012.

3 Rainer Haubrich, Europas bedrohte Juden, in: „Die Welt“, 2.9.2012.

4 Vgl. Heiner Bielefeldt, Der Kampf um die Beschneidung. Das Kölner Urteil und die Religionsfreiheit, in: „Blätter“, 9/2012, S. 63-71.

5 Matthias Drobinski, Es ist etwas zerbrochen, in: „Süddeutsche Zeitung“, 7.9.2012.

Deutschland gehört. Doch auch wenn es sich bei den Tätern tatsächlich um vier arabische Jugendliche gehandelt haben sollte: Es wäre ein Fehler, die Konfliktsache primär im Zusammenprall der Religionen zu verorten. Offensichtlich ist der arabische Antisemitismus eng verbunden mit der Existenz Israels. Ursprünglich war die klassische islamische Zivilisation von Antisemitismus sogar fast gänzlich frei,⁶ erst im 20. Jahrhundert entzündete sich der Antisemitismus in der Palästinafrage am neu gegründeten „Judenstaat“. Heute amalgamiert sich dieser arabisch-nationalistische Antizionismus, der teilweise (als Importware aus dem Westen) im Gewande einer antiimperialistischen, linken Ideologie auftritt, mit einem neuen, islamischen Antisemitismus. So verbreiten etwa Teile der Muslimbrüderschaft die Legende ihres geistigen Vaters Said Qutb von der angeblichen jüdischen Verschwörung gegen den Islam.

In Deutschland kommen damit heute zwei Formen des Antisemitismus zusammen: ein sekundärer deutscher Entlastungsantisemitismus wegen Auschwitz – nach dem Motto: „Wir werden den Juden nie verzeihen, was wir ihnen angetan haben“ (teilweise, wie in der Beschneidungsdebatte, noch grundiert mit älteren christlich-antijüdischen Motiven) – mit dem nationalistisch grundierten Antisemitismus junger Araber. Auf diese Weise entpuppt sich der Antisemitismus in der multikulturellen Gesellschaft als nachwachsender Hasssprengstoff.

Beide, den originär deutschen und den deutsch-arabischen Antisemitismus, verbindet vor allem eines: In seinem Zentrum steht die Gleichsetzung „der Juden“ mit dem Staat Israel. Wo es bei eingeborenen Deutschen heißt, „Gerade die Israelis – sprich: die Juden – müssen doch wissen, dass man so nicht mit seinen Nachbarn umgeht“,

6 So jedenfalls die zentrale These in Bernard Lewis klassischer Darstellung, *The Jews of Islam*, Princeton 1984.

kann bei Arabern das Verdammungsurteil über Israel zur Rechtfertigungsgrundlage für jeglichen Juden Hass werden.

Umso mehr gilt es deutlich zu machen, dass Israel und die Kritik an diesem Staat das eine – und das Judentum und der Antisemitismus etwas anderes ist (auch wenn, wie oben beschrieben, Israelhass durchaus in Juden Hass übergehen kann). Heute kommt es entscheidend darauf an, die durchaus notwendige Kritik an der aktuellen israelischen Politik von der Diffamierung der Juden und des Judentums zu trennen.

Die „moralische Verderbtheit“ der Judith Butler

Wie dies gerade nicht geht, zeigte die Debatte um die diesjährige Verleihung des Adorno-Preises an Judith Butler. Gewiss, man kann die Frage stellen, ob einen Preis verdient, „der nach dem großen, von den Nazis als ‚Halbjude‘ in die Emigration gezwungenen Philosophen benannt wurde“, wer wie Judith Butler Hamas und Hisbollah einmal als progressiv, da Teil der linken antiimperialistischen Bewegung, bezeichnet hat. Diese berechtigte Kritik an einer politischen Aussage der Philosophin und Intellektuellen Butler ist aber etwas völlig anderes, als die Jüdin Butler des jüdischen Selbsthasses zu zeichnen und sogar von ihrer „moralischen Verderbtheit“ zu sprechen.

Beide Urteile stammen von Stephan J. Kramer, dem Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland.⁷ Bei einem derartigen Unwerturteil wie „moralischer Verderbtheit“ ist offenbar die Kritik an der Preisverleihung nicht die primäre Motivation,

7 Dass Kramer nicht unbedingt ein Meister der Differenzierung ist, hatte er bereits in der Sarrazin-Debatte gezeigt. Für seine Aussage „Ich habe den Eindruck, dass Sarrazin mit seinem Gedankengut Göring, Goebbels und Hitler große Ehre erweist“ musste er sich später entschuldigen.

sondern im Kern geht es um etwas anderes – nämlich darum, Kritik am Staat Israel zu delegitimieren. Hier wird der Antisemitismus-Vorwurf instrumentalisiert, um abweichende Meinungen einer angeblichen „Israel-Hasserin“ (Kramer) zu unterdrücken.

Diese Strategie aber ist fatal für die Lage der jüdischen Gemeinde in der Diaspora allgemein und speziell in Deutschland. Denn damit leistet Kramer all jenen argumentativ Vorschub, die ohnehin schon seit langem die sogenannte Auschwitzkeule über sich schweben sehen, „weil man in Deutschland ja nichts über Israel oder die Juden sagen kann.“

Diese Strategie ist auch deshalb gefährlich, weil das deutsch-jüdische Verhältnis schon bald einer wesentlich dramatischeren Belastungs- und Bewährungsprobe ausgesetzt sein könnte, nämlich einem Präventivkrieg zwischen Israel und dem Iran. Einiges spricht dafür, dass dies nach den US-Wahlen (eher als noch davor) der Fall sein könnte. Das aber dürfte auch in Deutschland einen erheblichen Anstieg des Antisemitismus zur Folge haben. In der Vergangenheit wuchs dieser stets im Zusammenhang mit der konkreten israelischen Politik, etwa im Fall der mit tödlicher Gewalt gestoppten Gaza-Flotille.⁸

Für die Lage der hier lebenden Juden, und speziell der israelkritischen, wären die Folgen eines Krieges verheerend: In dem Maße nämlich, in dem die antisemitische Stimmung in der Diaspora zunimmt, wächst die Bedeutung Israels als Ort der Zuflucht für die Juden insgesamt. Das aber setzt gleichzeitig die kritischen Stimmen noch mehr unter Druck – ein Teufelskreis. Umso notwendiger ist es heute, im Streit um die Politik Israels auf Difamierungen mit dem Antisemitismus-Vorwurf zu verzichten. Eine der größten, ja vermutlich die größte Errungenschaften der Aufklärung ist – wie wir

gegenwärtig mit Blick auf die arabische Welt täglich erleben – die Trennung von Kirche und Staat, von Religion und Recht. Das hat auch für diese Debatte zu gelten: Wer heute die Politik des Staates Israel verteidigen will, möge dies offen tun; er hat hier dank der geltenden Meinungsfreiheit jedes Recht dazu. Er sollte sich aber nicht – möglicherweise auch mangels eigener Argumente in der Sache – hinter der Denunziation seiner Gegner als Antisemiten verstecken. Denn das vergiftet jede politische Debatte.

Rechtspflege vor Denkmalpflege

Wenn es heute etwas in der Bundesrepublik zu verteidigen gilt, als Verpflichtung aus der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, dann ist es das Recht der ohnehin verschwindend kleinen jüdischen Minderheit, sich hier frei und unbehelligt äußern und bewegen zu können. Dafür aber reicht es offensichtlich nicht, sich alle Jahre wieder des Beginns wie des Endes der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zu erinnern. Und dafür reicht es schon gar nicht, für das Konzentrationslager Buchenwald einen Antrag auf Anerkennung als UN-Weltkulturerbe zu stellen, im Gegenteil: Bedenkt man, dass es sich dabei laut UNESCO-Satzung dem Charakter nach um ein „Meisterwerk der menschlichen Schöpferkraft“ oder zumindest um einen Typus von Gebäude handeln muss, der „einen oder mehrere bedeutende Abschnitte der Geschichte der Menschheit versinnbildlicht“, dann entpuppt sich der Antrag vollends als eine ungeheure Instinktlosigkeit des thüringischen Bildungsministeriums.

Bei aller berechtigten Denkmalpflege – wenn auch mit den gebotenen Maßnahmen – erwächst aus dem Holocaust eine ganz andere primäre Pflicht: nämlich den wenigen noch (oder inzwischen wieder) in Deutschland lebenden Juden zu garantieren,

8 Vgl. „Die Welt“, 11.9.2012.

sich jederzeit und überall zu ihrem jüdischen Glauben bekennen zu können. Davon aber sind wir heute offenbar weit entfernt.

Worum es daher, neben der polizeilich-gerichtlichen Verfolgung derartiger Überfälle, in erster Linie geht, ist die intellektuelle Auseinandersetzung mit dem realexistierenden Antisemitismus. Dafür aber kann die Beschäftigung mit der deutschen Geschichte allein nicht reichen. Denn „die deutsche Geschichte ist nicht mehr die einzige Folie, vor der sich Antisemitismus in Deutschland abspielt.“⁹ In der multikulturellen Gesellschaft begegnet uns der Antisemitismus, wie der Anschlag auf Daniel Alter brutal gezeigt hat, längst in höchst unterschiedlicher Form.

Von der historischen zur universalistischen Ächtung des Antisemitismus

Das aber hat enorme geschichtspolitische Konsequenzen. Heute kann der Kampf gegen den Antisemitismus nicht mehr nur, vielleicht nicht einmal mehr primär unter Rückgriff auf die deutsche Vergangenheit geführt werden. Denn die Berufung auf die deutsche Geschichte wird von Migranten anders, vermutlich weit weniger verbindlich wahrgenommen als von eingeborenen Deutschen: Wer keinen Nazi-Opapa hat oder hatte, kann sich auch nicht für ihn schämen oder sich mit gleicher Intensität, aus persönlicher Betroffenheit, mit dessen Geschichte auseinandersetzen.

In dieser völlig neuen Lage liegt allerdings auch eine große Chance: Heute kommt es darauf an, den Antisemitismus nicht nur „geschichtlich“, sondern universalistisch-menschenrechtlich zu ächten. Handlungsleitend sollte in erster Linie die Unantastbarkeit der menschlichen Würde (Art. 1 Grundge-

setz) sein, in all ihren Ausprägungen. Nicht nur, aber ganz besonders am Beispiel des Antisemitismus sind wir aufgefordert, uns über die moralischen Standards unseres Zusammenlebens immer wieder zu verständigen.

Hier aber liegt eine Menge im Argen: Längst ist „Du Jude“ auf deutschen Schulhöfen wieder ein gängiges Schimpfwort geworden, von der übergroßen Mehrheit mit Gleichgültigkeit zur Kenntnis genommen. Das gilt übrigens auch für die durchaus verwandte verbale und körperliche Schwulenfeindlichkeit. So hieß es etwa in „Berlin“, einem Song des Rappers Bushido: „Ihr Tunten werdet vergast“, womit Juden- und Schwulenfeindlichkeit wie vor 80 Jahren zusammengeführt wurden. Und dennoch erhielt Bushido im letzten Jahr bekanntlich mit dem Burda-Bambi die wohl höchste deutsche Fernsehauszeichnung – passenderweise in der Kategorie „Integration“. Die deutsche Bevölkerung blieb auch hier bemerkenswert gleichgültig, von Sensibilität im Umgang mit altem und neuem Rassismus keine Spur. Und wer hätte, seien wir ehrlich, ohne den jüngsten Anschlag gewusst oder daran Anteil genommen, dass sich viele Juden in Deutschland schon lange nicht mehr nach Berlin-Neukölln oder -Kreuzberg trauen?

Der SPD-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, sprach nach dem Überfall von einem „Angriff auf die ganze Stadt“. Die konkret Betroffenen, an erster Stelle Daniel Alter, werden den Anschlag zwar in erster Linie als einen Anschlag auf sich als Juden wahrgenommen haben. Allerdings steckt in der anmaßenden Aneignung des Anschlags auch eine Aufforderung: Wir alle, und nicht zuletzt die Stadt Berlin als angeblich „weltoffene Metropole“, sind in die Pflicht genommen, derartige „Angriffe auf die ganze Stadt“ in Zukunft zu verhindern. Nur dann kann von erfolgreicher Integration aller hier Lebenden wirklich die Rede sein.

9 Moritz Schuller, Vermutlich arabischstämmig, in: „Der Tagesspiegel“, 2.9.2010.